

Malte Heynen: Der Raubzug der Banken. Von einem, der auszog, seine Ersparnisse zu retten, und entdeckte, was wirklich mit unserem Geld passiert. Blessing, München 2012, 369 S., € 16,95.

Walter Willenweber: Die Asozialen. Wie Ober- und Unterschicht unser Land ruinieren – und wer davon profitiert. Deutsche Verlagsanstalt, München 2012, 256 S., € 19,99. ■

Klaus-Jürgen Scherer

Demokratie als Prozess – neue Gefährdungen und neue Perspektiven

In den letzten Jahrzehnten interpretierten politikwissenschaftliche Diagnosen die Entwicklung der Demokratie oft gegensätzlich. Thesen vom Rückzug des Demokratischen, der Krise der Parteien und Parlamente, vom Ende des Primats der Politik, der Entpolitisierung bis hin zur »Postdemokratie« standen Analysen gegenüber vom unaufhaltsamen Siegeszug der parlamentarischen Demokratie und der expandierenden Welt der Partizipation: von den Neuen Sozialen Bewegungen über den demokratischen Aufbruch in Osteuropa und den »Arabischen Frühling« bis hin zum hiesigen »Wutbürger« oder gar zur basisdemokratischen Urwahl des Grünen Spitzenduos für die kommende Bundestagswahl.

Drei Neuerscheinungen lassen nun endlich diese Dichotomie aus zweckoptimistischem Auftrumpfen und eindimensionalen Verfallstheorien hinter sich und spielen unterschiedliche Perspektiven der Demokratie nicht mehr gegeneinander aus: als Versprechen und Erfüllungsgeschichte, als Krisengeschichte, und als beständige Suche nach neuen Formen von Freiheit und Partizipation.

Der Berliner Geschichtswissenschaftler Paul Nolte zieht in einer umfassenden, das demokratische Prinzip engagiert verteidigenden, Studie einen überraschenden historischen Bogen: von der Athener Demokratie über die in England und den USA im 18. Jahrhundert entstandene par-



Klaus-Jürgen Scherer

(* 1956) ist Politikwissenschaftler, Geschäftsführer des Kulturforums der Sozialdemokratie und Redakteur der *NG/FH* in Berlin.

klaus-juergen.scherer@fes.de

lamentarische Demokratie und die Demokratieimpulse der Französischen Revolution, die diktatorischen Rückschläge des 20. Jahrhunderts und den schwierigen Weg Westdeutschlands hin zu einer demokratischen Kultur bis zu aktuellen Erweiterungen und Spannungslinien der Gegenwart. Nolte will von pauschalem Untergangsgerede nichts wissen, denn »viel spricht dafür, dass unsere Nachfahren nicht auf den Anfang vom Ende der Demokratie zurückblicken, wenn sie sich mit den Jahrzehnten um 2000 beschäftigen, sondern auf eine turbulente Zeit der Neuerfindung, aber auch des Abschieds von der Eindeutigkeit des repräsentativ-elektoralen Modells der Nachkriegszeit«.

Doch mitten in diesem Umbruchprozess treten epochale Trends deutlich zutage. Erstens eben die neueren Erfolge des Demokratieprinzips. Demokratie ist in doppelter Weise selbst »im Zeichen des neoliberalen und globalen Kapitalismus während der letzten drei Jahrzehnte nicht verkümmert, sondern expandiert: zum einen mit der Ausbreitung demokratischer

Regierungsformen auf Kosten autoritärer Regime und Diktaturen, zum anderen mit einer inneren Dynamik, mit dem Aufstieg von Zivilgesellschaft und partizipatorischer Demokratie«.

Zweitens vermöge demokratische Politik den Kapitalismus nicht mehr zu bändigen, sondern werde von ihm an die Wand gedrückt. Jürgen Habermas, Julian Nida-Rümelin und Peter Bofinger brachten dies jüngst auf die Formel vom »fortgeschrittenen Prozess der Umwandlung der sozialstaatlichen Bürgerdemokratie in eine marktkonforme Fassadendemokratie«. Zwar gehe Demokratie nicht ohne kapitalistische Marktwirtschaft, so Nolte – an dieser Stelle manchem sicher zu wenig visionär. Doch das Gegenteil, Kapitalismus ohne Demokratie in politisch autoritärer oder diktatorischer Verfasstheit, komme historisch häufig vor. Oder, wie es prozessual betrachtet, von Christian Krell, Thomas Meyer und Tobias Mörschel im Vorwort des Demokratie-Sammelbandes heißt: »Während die marktkapitalistische Wirtschaftsordnung für die Entstehung von Demokratie zu meist förderlich ist, beginnt sie diese allmählich zu untergraben, wenn sie nicht durch tiefgreifende Sozialreformen gestützt wird.«

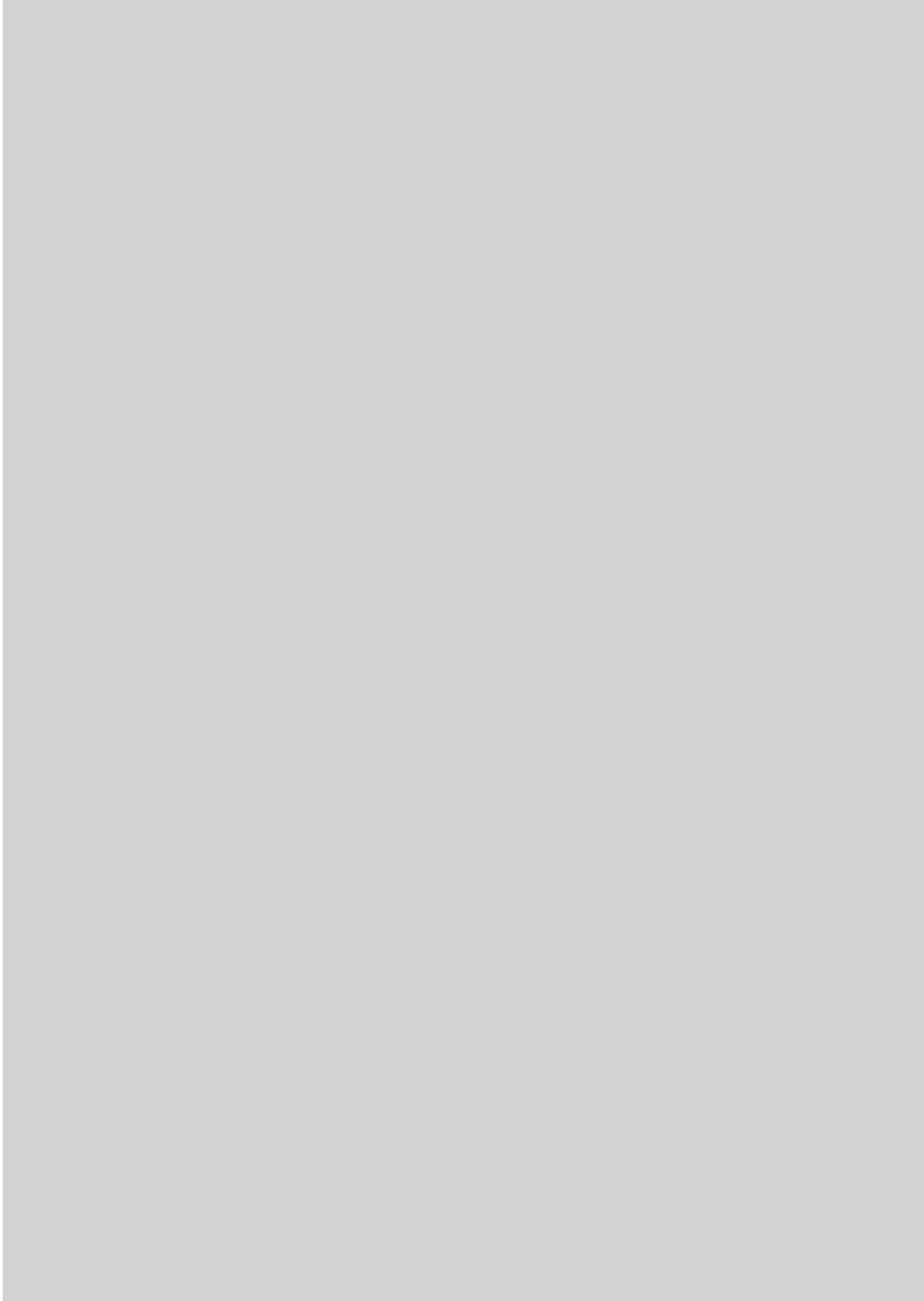
Drittens nimmt Nolte neben der zentralen Bedrohung durch die Finanzmärkte weitere neue Herausforderungen für die Demokratie in den Blick, wie etwa die zunehmende soziale Ungleichheit, die Abnahme von Teilhabe und Autonomie: »Es geht um die faire Einbeziehung in die (materiellen, kulturellen und politischen) Chancen, und um die Fähigkeit von Individuen, ihr eigenes Leben steuern zu können statt von außen oder von anderen gesteuert zu werden«. Oder etwa Konzepte einer »ermäßigten Demokratie«, die die demokratische Verfasstheit (Meinungs- und Pressefreiheit, Rechtsstaatlichkeit, freie Wahlen, parlamentarische Regierung) möglicherweise gegenüber bloßer *Good Governance* (Effizienz, Gemeinwohlorientierung, ge-

wisse Berechenbarkeit und Toleranz) zu wenig ernst nehmen. Oder die »Zerfaserung« des Nationalstaats, dessen Reichweite und Verantwortung durch transnationale und globale Einbindung einerseits und durch lokale Politik aus der Zivilgesellschaft andererseits unter Druck gerät, was zu neuen Formen von Demokratieenthaltung führen kann. So konnte man etwa im diesjährigen Sommer in Italien davon hören, die dortige demokratische Linke wolle eigentlich gar keine Neuwahlen zur Ablösung der technokratischen Übergangsregierung, weil sie Angst habe, diese zu gewinnen und selbst – unter den harten, von der EU gesetzten Rahmenbedingungen – regieren zu müssen.

Gerechtigkeits-Politik durch Partizipation

In dem Essayband von Serge Embacher geht es um die andere, die positiv gewendete Seite dieser Zerfaserung. Für ihn liegt in der Zivilgesellschaft der Schlüssel für die Lösung der modernen Probleme. Anders als Nolte knüpft Embacher explizit am Konzept der »Sozialen Demokratie« an und verbindet die Analyse der sozial fehlgelaufenen Politik des letzten Jahrzehnts mit einem engagierten Plädoyer für konkrete Reformschritte hin zur »solidarischen Bürgergesellschaft«. Diese sei, neuerdings auch durch das globale Internet, zum wichtigsten Bindeglied zwischen den gesellschaftlichen Lebenswelten und der großen Politik sowie den Parteien geworden.

Gerechtigkeits-Politik durch Partizipation, so lautet Embachers Botschaft: »Die Parteien zu neuen Strategien und damit die Regierungen zu anderen Entscheidungen, zur Wiederentdeckung einer Politik des sozialen Ausgleichs und damit der sozialen Gerechtigkeit, zur Rückeroberung des Primats der Politik gegenüber »den Märkten« zu bringen, ist Aufgabe der Bür-



gergesellschaft. Nur sie kann die Politik zu alternativen Wegen ermächtigen«.

Wirklich nur sie, nur ausschließlich die Bürgergesellschaft? Der aus dem Demokratiekongress der Friedrich-Ebert-Stiftung vor einem Jahr hervorgegangene, von Tobias Mörschel und Christian Krell herausgegebene Sammelband thematisiert darüber hinaus weitere Dimensionen und Themenfelder der derzeitigen deutschen Demokratiedebatte. Er ist dahingehend auch als wissenschaftliche Politikberatung für das auf die Revitalisierung von Partizipation abzielende organisationspolitische Grundsatzprogramm der SPD anzusehen. Antworten auf die aktuelle Krise (Entpolitisierung, Entgrenzung, Ungleichheit, Grenzen repräsentativer Demokratie, Ansehens- und Mitgliederverlust der Parteien) bieten Reformstrategien der Sozialen Demokratie (soziale Grundrechte, soziale Sicherheit und Teilhabe, Wirtschaft unter demokratischer Verantwortung) und eben auch der partizipativen Demokratie.

In derselben Stoßrichtung wie Embacher, erweist sich der Band jedoch als Steinbruch für weitergehende Fragen. Muss »die Begrenzung politischer Herrschaft und wirtschaftlicher Macht zugunsten der Lebenswelt von Menschen« (Embacher) nicht durch eine Strategie des starken (auch übernationalen) Staates, der allein zur Re-Regulierung entfesselter Finanzmärkte in der Lage wäre, ergänzt werden? Führt mehr direkte Demokratie wirklich zu einer Aufwertung von Gerechtigkeitspolitik, kann sie nicht auch gesellschaftliche Spaltung vertiefen? Denn in der aktivierten Bürgergesellschaft dominieren fast immer die besser gebildeten und finanzstärkeren Mittelschichten. Wird es nicht noch schwieriger, angesichts der Beschleunigung und Reichweite der verselbstständigten Wirtschaftsdynamik, das Primat der Politik zurück zu erobern, wenn langwierige und kommunikative zivilgesellschaftliche Vermittlungsprozesse hinzukommen? Erleben nicht alte Spannungs-

verhältnisse, von denen bereits die Athener eine Ahnung hatten, eine Renaissance: zwischen Mehrheitsprinzip und unterschiedlichen Bildungsvoraussetzungen; zwischen Mehrheitsstimmungen und der Weisheit der Entscheidung; zwischen Partialinteressen bzw. Gefühlslagen vor Ort und dem Gemeinwohl (das derzeit als – wirklicher oder vermeintlicher – Sachzwang des gesamteuropäischen Krisenmanagements daherkommt)?

Im Mittelpunkt des Forschungsinteresses seit den 90er Jahren stand das für die Volksparteien selbst zwar existenzielle, aber gesamtgesellschaftlich verhältnismäßig weniger zentrale Problem, wie diese Attraktivität, Einfluss und Zustimmung (mit Blick auf Mitglieder, Umfeld und Wählerschaft) zurückgewinnen können. Wie kann verhindert werden, dass Politik zunehmend mit Machterhalt und Privilegienherrschaft gleichgesetzt wird, statt mit normativ orientiertem Ringen um demokratische Mehrheiten? Auf Parteiverdrossenheit, auf die erwachende Bürgergesellschaft, die Pluralisierung der Parteienlandschaft und die Veränderungen der Mediengesellschaft sollte mit Öffnung, Partizipation und Professionalisierung reagiert werden. Diese Debatten um die Reform der Mitgliederpartei gewannen neuen Schwung, wobei Themen wie Vorwahlen, neue Beteiligungsformen, temporäre Mitmachanreize und besonders die Internetdemokratie der sozialen Netzwerke neue Akzente setzten.

Doch scheint es heute auch in der Demokratieforschung wieder ums Ganze zu gehen. Es ist zwar nicht mehr der ideologische Frontalangriff gegen die angeblich veraltete Demokratie, wie er in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts im Namen von Organisation und Führung in der jungen »Massengesellschaft« so erfolgreich war. Doch hat sich eine die Demokratie delegitimierende, den eigentlichen Souverän relativierende Parallelstruktur herausgebildet, was Wolfgang Streeck jüngst wie

folgt auf den Punkt brachte: »Unten das nationale Volk, oben die internationalisierten Märkte, die historisch einzigartigen Profitbedürfnisse der Eigentümer von Geldvermögen«.

Die drei Bände argumentieren hier noch relativ vorsichtig: »Die ›große Erzählung‹ der jüngsten Demokratiegeschichte ist noch nicht gefunden«, so Nolte. Mittlerweile klingt es alarmierter. Etwa bei Herfried Münkler, der im Sammelband von Krell und Mörschel, ähnlich wie Sigmar Gabriel grundsätzliche Überlegungen zum Verhältnis von Demokratie und Freiheit formulierte. Angesichts der »rasenden Politiker« des Krisenmanagements in der Eurokrise prognostizierte Münkler vor kurzem im *Spiegel* das absehbare Ende der parlamentarischen Herrschaft. Jedenfalls dann, wenn es nicht mehr gelänge, das Tempo wirtschaftlicher Prozesse und der politischen Entscheidungsprozesse zu synchronisieren und wenn es nicht mehr möglich sei, die Komplexität auf überzeugende Al-

ternativen zu reduzieren, die verstehbar sind und zur Entscheidung stehen.

Wenn steigende Bürgerproteste und sinkende Wahlbeteiligung doch nur zwei Seiten des schwindenden Vertrauens in die angeblich »alternativlosen« Parlamentsentscheidungen sind, wie Münkler meint, müsste der Blick auf die Zukunft tatsächlich skeptischer ausfallen als in den vorliegenden Büchern. Noltes Lektion aus der Geschichte klang da noch optimistischer: »Demokratie war immer umstritten und vieldeutig, sie war nie fertig und wird es nie sein«.

Serge Embacher: Baustelle Demokratie. Die Bürgergesellschaft revolutioniert unser Land. Edition Körber Stiftung, Hamburg 2012, 222 S., € 16,00. – Tobias Mörschel, Christian Krell (Hrsg.): Demokratie in Deutschland. Zustand – Herausforderungen – Perspektiven. VS, Wiesbaden 2012, 430 S., € 29,95. – Paul Nolte: Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart. Beck, München 2012, 512 S., € 17, 95. ■

Daniela Münkler

Das Sozialdemokratische Jahrzehnt

Am 1. Oktober 1982 teilte Bundestagspräsident Richard Stücklen dem Deutschen Bundestag mit: »Ich stelle fest, der Abgeordnete Dr. Helmut Kohl ist zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt.« Mit der Abstimmung über ein konstruktives Misstrauensvotum gegen seinen Vorgänger Helmut Schmidt war nicht nur dessen Kanzlerschaft zu Ende gegangen, sondern die längste zusammenhängende Ära sozialdemokratischer Regierung in der Geschichte der Bundesrepublik: Es sollte 16 Jahre dauern, bis wieder ein Sozialdemokrat ins Bundeskanzleramt einzog.

Helmut Kohl malte in seiner ersten Regierungserklärung als Bundeskanzler



Daniela Münkler

ist Forschungsprojektleiterin beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes und apl. Professorin für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Hannover.

am 13. Oktober 1982 ein düsteres Bild von der Lage der Bundesrepublik. In seinen Erinnerungen schreibt er dazu: »Mir ging es um das Bewusstsein, dass die Krise in unserem Land nur zu bewältigen war, wenn wir die geistig-moralische Krise erkannten, die der wirtschaftlichen zugrunde lag. Wir mussten die geistig-moralische Wen-